

«Spitzhacke»

KOLUMNE

Fortgeschrittene
Dunkelheit in
Schwammstadt

Sollten Sie beim Flanieren in den unzähligen verkehrsberuhigten Basler Begegnungszonen feuchte Füsse bekommen und ganz allgemein den Eindruck haben, Sie würden wie auf Eierschwämmen gehen, dann kommt dies nicht von ungefähr. Das ist kein Zufall. Das ist gewollt. Vom Bau- und Verkehrsdepartement und vom Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt.

«Basel will Schwammstadt werden», lässt der Kanton verlauten. «Mit dem Schwammstadt-Prinzip kann Regenwasser im Boden wie in einem Schwamm verstärkt gespeichert werden und via Stadtgrün verdunsten», heisst es in der Medienmitteilung. VoltaNord sei das erste Areal, das nach dem «Schwammstadt-Prinzip» entwickelt werden soll.

Die Schwammstädter erläutern in ihrer Medienmitteilung, welches die wichtigsten Elemente ihrer grandiosen Idee sind. Die Rede ist von «wasserdurchlässige Oberflächen», «offenen Rinnen» oder «bepflanzten, sogenannten Retentionsmulden». Durch die Massnahmen bleibe das Regenwasser «im natürlichen Kreislauf und als wertvolle Ressource im Naturhaushalt erhalten». Aha.

In den zivilisatorisch weniger weit entwickelten Gebieten um Basel nennt man so etwas Feld (wenn die Fläche etwas grösser und nicht für die Öffentlichkeit begehbar ist), Feldweg (wenn das Feld länger und begehbar ist) oder Wald (wenn auf dem Feld noch Bäume stehen).

Wie bemerkte Spongebob Schwammkopf in Episode 17b so schön: «Das ist keine normale Durchschnittsdunkelheit hier, das ist ... fortgeschrittene Dunkelheit!»



Kommissionsbericht

Das neue Beschaffungsgesetz
biegt auf die Zielgerade ein

Am 20. Mai wurde der Kommissionsbericht zum neuen Beschaffungsgesetz publiziert. Der Gewerbeverband Basel-Stadt begrüsst, dass mit der Aufnahme der «Verlässlichkeit des Preises» ein wichtiges Anliegen des Baugewerbes aufgenommen wurde. Bedauerlich ist hingegen das Festhalten an den beschaffungsfremden Lohngleichheitsanalysen.

Mit dem vorliegenden Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (EG IVöB) vollzieht Basel-Stadt als einer der ersten Kantone die seit Jahren angestrebte Harmonisierung des Beschaffungsrechts zwischen Bund und Kantonen. Der Gewerbeverband Basel-Stadt begrüsst dies sehr, denn das neue Gesetz vereinfacht die Arbeit und schafft Rechtssicherheit für zahlreiche KMU in verschiedensten Branchen, die oftmals in mehreren Schweizer Kantonen oder in

der ganzen Schweiz tätig sind. Nachdem die vorberatende Kommission (JSSK) ihren Bericht am 20. Mai 2022 publiziert hat, wird der Grosse Rat voraussichtlich in seiner zweiten Juni-Sitzung über das Geschäft befinden.

«Verlässlichkeit des Preises»
als wichtiges Korrektiv

Die JSSK hat mit der Aufnahme der sogenannten «Verlässlichkeit des Preises» in den Katalog möglicher Zuschlagskriterien ein wichtiges Anliegen des Baugewerbes aufgenommen. Das Kriterium hilft, Dumpingangeboten mit späteren Nachforderungen bzw. Folgekosten zulasten der Vergabestelle entgegenzuwirken. Denn in der Praxis entspricht das bei der Angebotsabgabe günstigste Angebot bei der Schlussabrechnung oftmals nicht mehr dem vorteilhaftesten Angebot in Bezug auf die Gesamtkosten. Um letzteres eruieren zu können, braucht es nebst einer Reihe von qualitativen Kriterien auch eine relativierende Grösse für den Preis – die «Verlässlichkeit des Preises».

Verzicht auf ideologisch
motivierte Lohngleichheits-
analysen

Zu bedauern ist jedoch, dass auch die JSSK an der Beibehaltung von rein ideologisch motivierten Lohngleichheitsanalysen festhält, die nicht für das Beschaffungswesen konzipiert wurden. Im Kanton Basel-Stadt sind Unternehmen, die sich um einen staatlichen Auftrag bewerben, verpflichtet, mit dem bürokratischen und methodisch umstrittenen Analyse-Tool Logib eine Analyse auf mögliche Lohndiskriminierung vorzunehmen. Diese Pflicht ersetzte vor gut einem Jahr das langjährig bewährte System zur Kontrolle der Gleichstellung von Frauen und Männern (GAV-Bestätigung, separate Selbstdeklaration auf Verlangen des Amtes für Wirtschaft und Arbeit). Der Gewerbeverband Basel-Stadt fordert die Rückkehr zum vorherigen System sowie den Abbau der mit dem Systemwechsel ausgebauten Kontrollbürokratie in der Gleichstellungsabteilung des Präsidialdepartements.